

Mehr Rechte für das Parlament

In der Erweiterung der Gemeinschaft sieht Hans-Peter Mayer eine Chance

Nordenham (hpz). Dass der Landkreis Wesermarsch und seine Gemeinden von Europa profitieren, belegen eine Vielzahl von Projekten, die von der Gemeinschaft finanziert werden. Als Mitglied des Europaparlamentes zählt Professor Dr. Hans-Peter Mayer (CDU) aus Vechta zu den Politikern, die sich in Brüssel für die Region einsetzen.

Der Rechtsanwalt, der dem Parlament in Straßburg seit fünf Jahren angehört und berechtigte Hoffnungen hegt, am Sonntag, 13. Juni, erneut in das Gremium gewählt zu werden, war am Mittwoch bei Parteifreunden in Nordenham zu

Gast, um seine politische Tätigkeit zu erläutern. Jeden Landkreis der Region besuche er jedes Jahr, um mit den Spitzenbeamten über die Probleme zu reden und Fördermöglichkeiten auszuloten, betonte Hans-Peter Mayer. Seine Hauptklientel sei jedoch die Wirtschaft, die in den Genuss der europäischen Förderung kommen möchte.

Dass im Europaparlament keine Regierungs- und Oppositionsfraktionen sitzen, hörten zahlreiche Zuhörer zum ersten Mal. „Das Parlament versteht sich gegenüber Kommission und Ministerrat als Opposition“, betonte Hans-Peter Mayer. Um Mehrheiten zu finden,

werden seinen Aussagen zufolge in den Ausschüssen und im Parlament, dem 626 Politiker aus 118 Parteien der Mitgliedsstaaten angehören, parteiübergreifend Bündnisse geschlossen beziehungsweise Kompromisse ausgehandelt.

Der Jurist aus Vechta ging auch auf den Stellenwert des Europaparlaments ein, der durch die europäische Verfassung erneut gestärkt wird. „Wir erhalten weitere Mitspracherechte und können die Entscheidungen der Kommission und des Ministerrats kippen“, betonte Hans-Peter Meyer. Um dem Parlament der Rücken zu stärken, appellierte er an die Bürger, sich an der Wahl zu beteiligen.



Professor Dr. Hans-Peter Mayer (stehend) aus Vechta erläuterte seinen Parteifreunden um (von links) Lisa Pargmann, Horst Wreden, Hella Finn, Ralf van Norden und Dr. Tilmann Kaethner während der Stadtverbandsversammlung seine Arbeit im Europaparlament.

Foto: hpz